

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 26

Artikel: Der zweite Schub
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093051>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der zweite Schub

In Bulgarien hat die stark gewordene Opposition die reformkommunistische Regierung zum Rücktritt veranlasst und den zweiten Schub der Wende ausgelöst. Hinter all dem steht auch der schiere Hunger.

Bald eine Million Unterernährte

Bulgarien steht möglicherweise am Abgrund zum Absturz ins Chaos. Wenn nicht rasch Lebensmittelhilfe aus dem Ausland eintrifft, wird die Zahl der Unterernährten schon bald auf über eine Million Menschen ansteigen. Wer diesen Winter überlebe, wie manche Bulgaren in einem Anflug von schwarzem Humor meinen, der werde dies spätestens im nächsten Winter bitter bereuen. Die Misere im Landwirtschaftsland Bulgarien ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass die sich jetzt Sozialisten nennenden Kom-

munisten den ganzen Sommer hindurch Reformen verzögerten.

Seit September werden die Ärmsten der Armen einmal in der Woche öffentlich gespeist. Es werden ihrer immer mehr. Jüngst marschierten erneut Tausende von Frauen durch die Strassen der Hauptstadt Sofia und skandierten: «Wir haben Hunger, wir haben Hunger!» Das hat es in Bulgarien seit der Staatsgründung vor über tausend Jahren nicht gegeben, nicht einmal unter dem fünfhundertjährigen Joch der Türken.

Rationiert sind Benzin, Fleisch, Kaffee, Seife, Speiseöl, Zucker, Reinigungsmittel, kurz, alle Bedarfs- und Konsumgüter des täglichen Lebens sind zur Mangelware geworden. Die Bewohner Sofias haben seit Monaten kein Fleisch gegessen. Milch für Kinder ist kaum erhältlich und wenn, dann nur auf dem Schwarzmarkt für umgerechnet

drei Franken der Liter. Das ist mehr als ein Zehntel eines Monatsgehalts.

Alle zwei Stunden wird für eine Stunde der elektrische Strom abgeschaltet. Viele Bulgaren sehen darin auch eine bewusste «psychologische Schikane» der Behörden beziehungsweise der sich jetzt Sozialisten etikettierenden Kommunisten. Autofahrer stehen bis zu siebzig Stunden in Kolonnen an, um ihren Tank mit höchstens zwanzig Liter Benzin zu füllen. Heizöl ist nicht erhältlich.

Grossmütter und Grossväter reihen sich für ihre erwachsenen Töchter und Söhne – die zur Arbeit müssen – bereits um zwei Uhr morgens in Schlangen ein, um zumindest das Hauptnahrungsmittel Brot zu ergattern. Und das bei harschen Minustemperaturen. Die Ärzteschaft klagt über akuten Medikamentenmangel.

Kaum gewandelte Kommunisten

Nach tagelangen, gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen trat Ministerpräsident Andrei Lukanoff am 30. November zurück. Lukanoff, ein Altkommunist, hatte vor seinem «Abtritt» noch gewarnt, der Parlamentarismus und die Demokratie in Bulgarien ständen auf dem Spiel. Staatspräsident Schelju Scheleff hatte kühl geantwortet, jedermann wisse, dass Reformen dringend notwendig seien, doch müssten diese von «neuen Leuten» durchgeführt werden.

Albanien zieht nach

Albanien galt bis anhin als letzte Bastion des stalinistischen Kommunismus in Europa. Jetzt wankt auch dieses Bollwerk. Nach tagelangen Protesten der Studenten musste das Zentralkomitee der herrschenden Arbeiterpartei die Bildung anderer politischer Parteien zugestehen.

Auf der kurzen Sitzung des Zentralkomitees am 11. Dezember in Tirana wurden kurzerhand sechs langjährige Politbüro-Mitglieder ihrer Posten enthoben und in einer Verlautbarung «eine weitergehende Demokratisierung des politischen Lebens Albanien» verkündet. Die Gründung «anderer politischer Parteien und Bewegungen» werde künftig gestattet sein.

Noch vor wenigen Wochen hatte sich Partei- und Staatschef Rami Alia für das Prinzip der Einparteien-Herrschaft stark gemacht. Die jetzigen Zugeständnisse des Zentralkomitees sind das bislang deutlichste Zeichen, dass die albanische Arbeiterpartei dabei ist, die

Kontrolle über die politische Situation zu verlieren.

Die Studenten in Tirana waren zuvor während dreier Tage auf die Strasse gegangen, um dagegen zu protestieren, dass ihre Wohnheime von der elektrischen Stromversorgung abgeschnitten worden waren. Die Polizei griff ein und konnte die Demonstrationen anfänglich auflösen. Aber die Studenten gaben nicht auf.

Die Arbeiterpartei war bisher nicht müde geworden, zu beteuern, die Welle der Revolution, die über Osteuropa hereinbrach, könne die Gebirge Albanien nicht überwinden.

Dass auch die Skipetaren, die Söhne der Adler, wohl bald flügge werden würden, war lediglich eine Frage kurzer Zeit: Im vergangenen Mai hatte das Einparteienparlament in Tirana ein Gesetz verabschiedet, wonach ein jeder Albaner eine Reisedokument erhalten werde und frei in das Land seiner Wahl reisen dürfe. Zu jenem Zeitpunkt stand der Besuch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (UNO), Perez de Cuellar, bevor.

Doch statt Pässe zu erhalten, hatten ausreisewillige Albaner vorerst Prügel von der Polizei bezogen. Das führte zum Protest und letztlich zum Sturm auf ausländische Botschaften. Eilends entledigte sich Alia alter Kampfgenossen des 1985 gestorbenen Diktators Enver Hoxha (Hodscha). Entscheidend war dabei, dass auch Innenminister Simon Stefani und Verteidigungsminister Prokop Murra gehen mussten. Sie waren Paladine der Hoxha-Witwe, Nechmija.

Alia gelobte zwar, demokratische Reformen rascher zu verwirklichen, aber wollte am Kommunismus festhalten, zumindest auf Zeit. Er stand vor einem doppelten Dilemma. Öffnete er das Ventil zu weit, so riskierten er und die Partei, gleich weggefegt zu werden. Klammerte er sich wiederum zu fest an der Alleinmacht, so war ein blutiger Aufstand ähnlich jenem vor einem Jahr in Rumänien denkbar. Unter der albanischen Jugend ist in den vergangenen Jahren der Hunger nach «Andersartigkeit» ständig gewachsen – unter anderem dank dem italienischen Fernsehsender Rai Uno, der in Albanien empfangen werden kann –, und damit stieg auch das Unruhepotential. *bg*

Scheleff war bis zu seiner Wahl im Juli durch das Parlament der Vorsitzende der oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte.

Die Kommunisten hatten im November 1989 ihren langjährigen Vorsitzenden – und Diktator – Todor Schiwkoff gestürzt, um sich vor dem Unvermeidlichen zu retten. Jetzt wird Schiwkoff vor Gericht gestellt. Er hat sich wegen Machtmissbrauchs und der «Veruntreuung» von neun Millionen Dollar zu verantworten.

Im Juni errangen die «Sozialisten» bei den Parlamentswahlen 52 % der Mandate, allerdings ging es nicht ohne Wahlbetrug. Den ausländischen Wahlbeobachtern war unter anderem entgangen, dass in Wahllokalen – vorab in der Provinz – nur Stimmzettel der «Sozialisten» aufgelegt oder jene der Opposition geschnitten worden waren. Auf diesen fehlte die Erkennungsfarbe der Partei. Viele Wähler achteten sich nicht und legten solche ungültige Stimmzettel ein.

Den ganzen Sommer hindurch zögerten die «Sozialisten» Reformen hinaus. Danach

schnürten sie ein Radikalpaket, das unter anderem Preissteigerungen bis zu fünf-hundert Prozent beinhaltet. Das Wirtschaftsmonopol des Staates soll aber nach ihren Vorstellungen weitgehend unangetastet bleiben. Das heisst, bis vor einem Jahr war der Staat durch die kommunistische Partei verkörpert. Dieser gehörte alles, und offenbar wollen sich die Exkommunisten davon nicht trennen: Sie kleben nach wie vor an Posten, Pfründen und Privilegien. «Die Kommunisten wollen sich zu Kapitalisten mausern», sagt das Volk.

Die Lukanoff-Regierung wollte die Opposition in die Regierungsverantwortung locken beziehungsweise mit dem Hinauszögern von Reformen dazu zwingen. Die Union der Demokratischen Kräfte widerstand. Die Exkommunisten mussten vorerst die Verantwortung für die von ihnen angerichtete Misere übernehmen.

Die Wirtschaft war bereits vor dem Sturz von Schiwkoff auseinandergefallen – am Ende. Die Landwirtschaft lag am Boden. Der Balkanstaat mit seinen zehn Millionen Einwohnern ist im Ausland mit elf Milliar-

den Dollar verschuldet. Der Irak schuldet den Bulgaren anderthalb Milliarden Franken und wollte diese mit Erdöl zurückbezahlen. 80 % seines Handels wickelte Bulgarien mit den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/Comecon) ab; davon gingen 60 % in die Sowjetunion. Der RGW existiert nicht mehr, und die Sowjetunion ist am «Vergehen».

Staatsterrorismus, Greuel und Katakombenmenschen

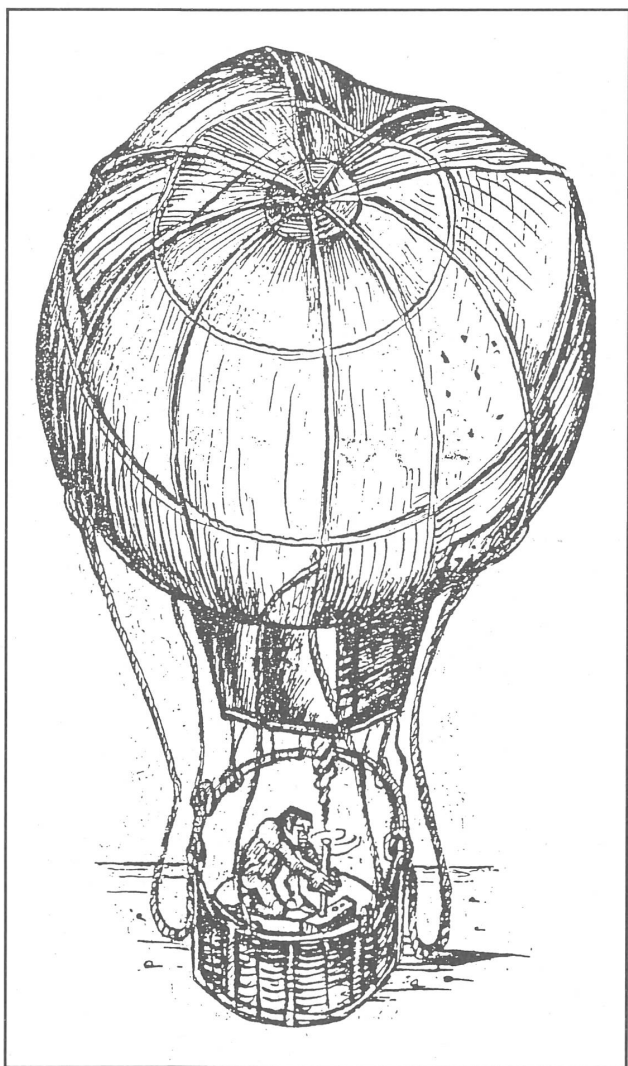
Der einzige Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Misere besteht darin, dass heute über die Katastrophe und noch über weit mehr berichtet werden kann: über den Staatsterrorismus der Kommunisten, über die von ihnen begangenen Greuel und Verbrechen.

In der Zeit von Oktober 1944 bis Februar 1946 liquidierten die Kommunisten 250 000 Menschen «physisch». Eine ganze Schicht der Bevölkerung – Politiker, Intellektuelle und Geschäftsleute, höhere Beamte, Grundbesitzer, Bauern, die geistige Elite des Volkes in den Städten und in den Dörfern – wurde ausgelöscht. Tausende flüchteten in die Berge, um diesem Terror zu entgehen. Heute wagt unter anderem Iwan Stantscheff, Redaktor der Bauern-Zeitung «Semedelsko Sname», zu berichten:

«Wer erwischt wurde, wurde gefoltert oder umgebracht. Man findet Skelette überall in Bulgarien; gebrochene Knochen sprechen für die Folter. Sie (die Kommunisten) zersückelten ihre Opfer auch und warfen sie den Schweinen zum Frass vor.» Stantscheff hat zehn Jahre in einem Arbeitslager verbracht. «Die Kommunisten halten immer noch die Macht in Händen; die Repressionsmaschinerie ist intakt und funktioniert vor allem auf dem Lande bestens.» Die Menschen kennen zwar ihre Unterdrücker, aber sie wagen (noch) nicht zu sprechen. «Aber nach und nach werden sich die Menschen aus ihren Katakomben hervorwagen. Ja, wir haben Katakomben-Menschen.»

Doch nichts werde sich in Bulgarien ändern, solange in der Provinz, in den Dörfern die sogenannten Sozialisten die Verwaltungen kontrollierten. Und Lokalwahlen fänden frühestens im Februar nächsten Jahres statt.

In den Monaten seit den Parlamentswahlen sind den Bulgaren die Augen aufgegangen, sie sind mutiger geworden. Die «Sozialisten» haben ihren Kredit verspielt. Denkbar sind vorzeitige Parlamentswahlen 1991. Das möchte die Opposition erreichen, denn Meinungsumfragen zufolge bekäme die Union Demokratischer Kräfte wahrscheinlich über 60 % der Wählerstimmen. Davor graut den «Sozialisten» und davor, dass hernach schonungslos ihre Vergangenheit aufgedeckt wird.



Zum Flug in die Zukunft mit steinzeitlichen Mitteln. («Starschel», Sofia, 16. 11. 1990)